

**Elke Bruckner,
Kerstin Schmidt,
Claudia Walther**

**Sozialer Zusammenhalt –
Kitt in Kommune,
Nachbarschaft und Familie**

Sozialer Zusammenhalt – Kitt in Kommune, Nachbarschaft und Familie

1. Einleitung

Wie ist es um den Sozialen Zusammenhalt in den Kommunen bestellt? Bröckelt der gesellschaftliche „Kitt“ vor Ort? Oder rückt die Gesellschaft gar angesichts von Mobilitätsanforderungen einerseits, Zukunftsängsten andererseits, fester zusammen – zumindest in kleinen Einheiten wie Familie und Nachbarschaft? Welchen Einfluss haben hierauf gesellschaftlich relevante Entwicklungen wie der Demographische Wandel, Migration oder der Standortwettbewerb? Diese Fragestellungen stehen im Mittelpunkt dieser Expertise, die im Auftrag der Kommission zur Erstellung des 7. Familienberichts der Bundesregierung verfasst wird.

Hintergrund sind in erster Linie die Ergebnisse der Datenerhebungen im Projekt Kompass (Kommunales Projekt zum Aufbau einer Strategischen Steuerung), das die Bertelsmann Stiftung zusammen mit inzwischen 14 ausgesuchten Städten und Kreisen durchführt. Es handelt sich hierbei um Städte aller Größenordnungen zwischen 20.000 und 600.000 Einwohnern.¹ Ziel des Kompass-Projektes ist zum einen die Messung und Verbesserung bzw. Sicherung der Lebensqualität vor Ort und zum anderen die Umstellung der kommunalen Politik auf eine an Zielen ausgerichtete langfristig angelegte und strategische Planung. Die Datenerhebungen erfolgen anhand eines von der Bertelsmann Stiftung, den beteiligten Kommunen und dem sozialwissenschaftlichen Institut GEBIT aus Münster entwickelten Kennzahlensets, das die Lebensqualität in den Städten und Kreisen in den Politikfeldern Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur sowie Umwelt abbildet. Ergänzt wird die Erhebung so genannter objektiver Daten durch subjektive Daten einer repräsentativen Bürgerbefragung, die vom Institut für Demoskopie Allensbach mit jeweils 800 - 1000 Personen pro Kommune durchgeführt wurde. Aus der Analyse der Datenerhebung werden vor Ort Handlungskonzepte abgeleitet. Dies geschieht in einem dialogischen Prozess unter Beteiligung der maßgeblichen Akteure aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Aus der Datenanalyse wurden drei Schwerpunktthemen als besonders dringende Herausforderungen abgeleitet:

1. Die Gestaltung des Demographischen Wandels
2. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen
3. Die Sicherung des Sozialen Zusammenhalts.²

Der vorliegenden Expertise liegen Analyse-Ergebnisse zugrunde, die von den Mitgliedern des Kompass Teams, Frau Kerstin Schmidt, Frau Sigrid Meinhold-Henschel und mir, sowie von Frau Elke Bruckner, Institut GEBIT in Münster, erarbeitet worden sind.

¹ Am Kompass-Projekt beteiligt sind die Städte Arnsberg, Celle, Coesfeld, Dortmund, Hilden, Soest und Solingen sowie die Kreise Diepholz, LK Osnabrück, Pinneberg, Soest und LK Wolfenbüttel. Die Stadt Herford war bis zum Jahr 2002 Kompass-Kommune. Nähere Informationen unter: www.kompassmodellkommunen.de

² Zu diesen Schwerpunktthemen des Projektes Kompass sind folgende Trendberichte veröffentlicht worden: Meinhold-Henschel, S./ Bruckner, E. (2002): Förderung von Kindern und Jugendlichen - Durch Prävention sozialen Problemlagen begegnen; Schmidt, K (2002): Den demographischen Wandel gestalten – Weichen für die Zukunft stellen; Bruckner, E./ Walther, C (2002): Sozialen Zusammenhalt in der Kommune sichern. In Kürze erscheint der Auswertungsbericht zu der Datenerhebung: Bertelsmann Stiftung / GEBIT (2004). Kommunale Zukunft sichern. Ferner erscheinen zu den Ergebnissen des Kompass-Projektes: Bertelsmann Stiftung (2004): Lebensqualität – Mit Indikatoren steuern; und Bertelsmann Stiftung (2004) Lebensqualität vor Ort – Best Practice Beispiele

Hinsichtlich der Fragestellung des Sozialen Zusammenhalts sind besonders die Zusammenhänge zwischen einzelnen Daten aus dem Kompass-Projekt von Interesse: beispielsweise zwischen der eigenen Wirtschaftssituation der Befragten und der Integration in das Gemeinwesen wie sie z.B. in Nachbarschaftskontakten oder im ehrenamtlichen Engagement zum Ausdruck kommen.

In den einzelnen Kapiteln dieser Expertise werden die Ergebnisse der Datenerhebung zu dem jeweiligen Thema analysiert und Schlussfolgerungen daraus abgeleitet. Daten liegen jedoch nicht für alle hier interessanten Fragestellungen vor – im Rahmen der Kennzahlenentwicklung wurden steuerungsrelevante und wirkungsorientierte Kennzahlen entwickelt und ausgesucht. Auch sind nicht alle wünschenswerten Daten auch erhebbar. So sind beispielsweise in der Regel nur Daten für „Ausländer“, d.h. für Personen ohne deutschen Pass, verfügbar, nicht aber Daten für alle Migranten, die auch Aussiedler oder eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund umfassen würden. Darüber hinaus soll auch auf die Vorstellung von möglichen Handlungsansätzen zu den einzelnen Themenvorstellungen nicht verzichtet werden.

Zunächst wird der Versuch einer Begriffsklärung zum Sozialen Zusammenhalt vorgenommen. Das Thema wird anschließend in den Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gestellt. Hierzu werden einige Erfahrungen, die wir im Rahmen des Kompass-Projektes gewinnen konnten, vorgestellt.

Das Thema Sozialer Zusammenhalt ist vor allem auf kommunaler Ebene eine besondere Herausforderung. Ein gutes gesellschaftliches Klima und ein Zusammenleben, das weitgehend ohne soziale Ausgrenzung funktioniert, sind ein wertvolles Ziel und ein relevanter Aspekt der Lebensqualität vor Ort. Umgekehrt sorgen soziale Ausgrenzung und Spaltung, überforderte oder gar verfeindete Nachbarschaften nicht nur für ein angespanntes Klima in der Stadt, sondern sie führen auch finanziell zu erheblichen Belastungen der Kommunen. Ob Schäden durch Kriminalität oder steigende Sozialhilfe: die Kommune ist die Instanz, die die Kosten einer sozialen Zersplitterung in mehrfacher Hinsicht zu tragen hat.

2. Sozialer Zusammenhalt

Zur Begriffsklärung Sozialer Zusammenhalt

Sozialer Zusammenhalt ist ein vielschichtiger Begriff. Es umfasst das Zusammenhalten der Gesellschaft in kleineren Einheiten wie Nachbarschaft und Familie, wie in größeren Einheiten, beispielsweise einer Stadt. Sozialer Zusammenhalt, letztendlich die Integration des Einzelnen in gesellschaftliche Einheiten, ist nur durch ein Optimum an sozialer Teilhabe möglich. Soziale Teilhabe bedeutet in diesem Zusammenhang sowohl die Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen, von der Familie³, über die Nachbarschaft bis hin zum Arbeitsleben und der Kommune, weitergedacht, der Gesellschaft im Rahmen von Landesgrenzen, Europa etc.. Probleme des sozialen Zusammenhaltes sind folglich auf mangelnde soziale Teilhabe zurückzuführen, die bedingt ist

- durch materielle und soziale Ursachen,
- durch Integrationsdefizite, insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund
- durch Qualifikations- und Informationsdefizite.

Gesellschaftliche Trends als Rahmenbedingungen

In vielen Bereichen wird unser Alltagsleben durch den gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte entscheidend und nachhaltig geprägt. Die maßgeblichen Trends sollen im Folgenden kurz skizziert werden.⁴

Individualisierung

Einerseits ist im Zuge der viel zitierten Individualisierung eine Lösung von traditionellen Bindungen festzustellen. Das gilt für soziale Milieus, Familien, Vereinsstrukturen, Kirchen, Parteien etc. Andererseits erhält jeder einzelne ein deutliches „Mehr“ an Optionen bzw. Wahlmöglichkeiten für die eigene Lebensgestaltung. Doch werden traditionelle Bindungen oft nicht durch neue ersetzt, der einzelne hat nicht immer ein soziales „Netz“, das ihn in Krisensituationen auffängt. Bindungen und Optionen befinden sich nicht immer in einem gesunden Gleichgewicht.

Demographischer Wandel

Obwohl die demographische Entwicklung in den einzelnen Regionen, zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Großstädten, Stadtrand und ländlichen Regionen sehr unterschiedlich verläuft, lässt sich als allgemeiner Trend festhalten, dass die Bevölkerung in erheblichem Ausmaß „schrumpft“, dass sie älter wird und in ihrer Zusammensetzung internationaler. (Vgl.: Kerstin Schmidt. Trendbericht 2002). Vor diesem Hintergrund steigt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung, zum anderen leistet Zuwanderung einen Beitrag, die sinkende Tendenz der Bevölkerungsentwicklung abzuschwächen. Die durch den demographischen Wandel bedingte sich ändernde Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich deutlich auf den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung auswirken.

Informationsgesellschaft

Die „Informationsgesellschaft“ selbst wird zur Chance für diejenigen, die sie nutzen können, und zum Risiko für diejenigen, die keinen Zugang zu ihr besitzen (beispielsweise durch die Internetnutzung). Ohne die notwendige Qualifikation und ohne Zugang zur Information teilt sich die Gesellschaft in „Modernisierungsgewinner“ und „Modernisierungsverlierer“. Die wirtschaftliche Situation ist hier ein entscheidender Faktor: So zeigt beispielsweise die Bürgerbefragung in den Kompass-Kommunen, dass ein Internetanschluss deutlich häufiger in Haushalten von Personen zu finden ist, die ihre wirt-

³ Auf die Auseinandersetzung mit dem Begriff „Familie“ wird an dieser Stelle verzichtet. Gemeint ist hier schlicht die Einheit von Lebensgemeinschaften und von Eltern mit Kindern.

⁴ Vgl.: Bruckner, E./ Walther, C. (2002): Sozialen Zusammenhalt in der Kommune sichern. S. 6 f.

schaftliche Situation als „sehr gut“ einschätzen. 46,9% dieser Befragten haben einen Internetanschluss; aber lediglich 25,2% derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als „eher schlecht“ bezeichnen.⁵

Globalisierung

Das Stichwort der Globalisierung ist insofern hier aufzuführen als regionale Handlungsmöglichkeiten und regionale Wirtschaftszusammenhänge immer mehr von weltweiten Strukturen abgelöst und damit für den Einzelnen undurchschaubarer werden. Auch die Handlungsspielräume der Kommunen werden von weltweiten Zusammenhängen beeinflusst. Durch die EU-Harmonisierung werden einige Rahmenbedingungen für die Kommunen vorgegeben. EU-Politik findet ihre konkreten Auswirkungen direkt spürbar in den Kommunen.

Bindungsverlust am Wohnort?

Durch die Anforderungen der globalisierten Wirtschaft, die beispielsweise vom Einzelnen eine erhebliche Flexibilität und Mobilität verlangen, werden – so lautet eine gängige These – z.B. die Bindungen an den Geburts- oder Wohnort aufgelöst. Die Möglichkeiten der modernen Kommunikationsmittel machen solche Bindungen an einen Ort überflüssig, da (virtuelle) Gemeinschaften Gleichgesinnter mittels Internet zwischen Menschen aus dem gesamten Erdball gebildet werden können. Nachbarschaften im Sinne einer Unterstützung leistenden Netzwerke können unter diesen Bedingungen nicht mehr funktionieren. Das Interesse am lokalen Geschehen verringert sich. Durch die Herauslösung aus Bindungen wie sie Familie, Verwandtschaft und Nachbarschaft einmal dargestellt haben, entsteht eine „Gesellschaft von „Egoisten“, die z.B. auch keinerlei Interesse mehr für ein gemeinsames soziales Engagement mehr aufbringen.

So weit die Gegenüberstellung von „Gemeinschaft und Gesellschaft“⁶, die auch in vielen aktuellen Diskussionen um den verlorenen gesellschaftlichen Zusammenhalt immer noch mitschwingt. Wie sieht der soziale Zusammenhalt jedoch tatsächlich aus - legt man die Ergebnisse der Datenerhebung in Kompass-Modellkommunen zugrunde? Gibt es noch eine Bindung an den Geburts- oder Wohnort, besteht überhaupt noch Interesse am Geschehen vor Ort und gibt es noch eine Nachbarschaft, die wenigstens ansatzweise die Kriterien der „Gemeinschaft“ erfüllt? Setzen sich die Bürgerinnen und Bürger noch für „ihre“ Stadt oder für andere Dinge ein, die über ihre rein privaten Interessen hinausgehen? Hierzu wurden in der Bürgerbefragung einige Daten erfasst.

Erfahrungen aus dem Kompass-Projekt

Zunächst ist festzuhalten, dass Mobilität heute durchaus noch nicht ein Ausmaß erreicht hat, das dazu führt, dass ein Großteil der Bevölkerung Neubürger sind, die nur wenig Bezug zu ihrem Wohnort haben: Fast 50% der Befragten in den Kompass-Kommunen leben schon immer an diesem Ort, ein weiteres Viertel lebt dort länger als 20 Jahre. Noch höher ist die Zahl derjenigen, die angibt, gerne am Ort zu leben: der Anteil liegt bei 86,8%. Die stärkste Identifikation ist dabei im Landkreis Osnabrück festzustellen, wo sogar 92% der Befragten angeben, gerne im Landkreis zu leben. Vergleicht man diesen Wert mit der Großstadt Dortmund, so wird dort mit 83,4% zwar deutlich weniger, jedoch immer noch ein sehr hoher Identifikationsgrad erreicht.

Auch das Interesse am Geschehen vor Ort ist bei den Befragten sehr hoch: Mehr als drei Viertel (79,5%) der Befragten gibt an, sich sehr oder ziemlich für das Geschehen am Ort zu interessieren. In der Großstadt Dortmund ist dieses Interesse besonders weit

⁵ Diese Ergebnisse beziehen sich auf die im Jahr 2001 vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführte Bürgerbefragung in den Kompass-Modellkommunen. Vgl.: Bruckner, E./ Walther, C. (2002): Sozialen Zusammenhalt in der Kommune sichern, S. 6.

⁶ Vgl.: Tönnies, F. (1897): Gemeinschaft und Gesellschaft, Leipzig.

verbreitet: Hier sind es mit 84,5% mehr Befragte als in den anderen Kompass-Kommunen, die ihr Interesse bekunden, während der entsprechende Wert im Landkreis Osnabrück mit 74,1% etwas unter dem Durchschnitt liegt. Insgesamt kann damit festgestellt werden, dass doch eine recht hohe Verbundenheit der Bevölkerung mit ihrer Stadt oder ihrem Landkreis besteht. Dies gilt sowohl für den ländlichen wie für den städtischen Raum.

Auch im Hinblick auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wurden in der Befragung einige Daten erfasst: Zunächst einmal ist festzustellen, dass über die Hälfte (57,5%) der Aussage zustimmen, ihre Stadt sei eine Stadt mit engagierten Bürgern, die sich für die Gemeinschaft einsetzen. In Arnsberg findet dies sogar die Zustimmung von zwei Dritteln der Befragten, während in Herford lediglich 44,5% dieser Ansicht sind. Auch bei den Antworten auf die Frage, ob man der Aussage „Man sollte weniger danach fragen, was die Stadt für ihre Bürger tun kann, sondern mehr danach, was die Bürger für ihre Stadt tun können“ (in Abwandlung eines Kennedy-Zitats) zustimmen kann, zeigt sich ein ähnliches Bild: Insgesamt geben fast 60% der Befragten an, diese Ansicht zu teilen. Hier zeigt sich bereits, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern durchaus die Bereitschaft zu einem Engagement besteht, das über ihre Privatinteressen hinausgeht. Wenn man die tatsächliche Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Organisationen betrachtet, bestätigt sich dies noch einmal: 52,3% der Befragten in den Kompass-Kommunen geben an, Mitglied in einem Verein oder in einer sonstigen Organisation zu sein. Der größere Anteil entfällt hier mit 42% auf eine Vereinsmitgliedschaft; 5,1% sind in einer Partei organisiert. Auch in diesem Fall zeigen sich Unterschiede zwischen den Kommunen: Insbesondere im Landkreis Osnabrück sowie in Arnsberg findet sich ein besonders hoher Anteil von Vereinsmitgliedern: Hier sind fast die Hälfte der Befragten Mitglied mindestens eines Vereins. In Herford und Dortmund dagegen erreicht dieser Anteil jeweils lediglich ca. ein Drittel.

Neben der Mitgliedschaft wurde in der Bürgerbefragung auch erfasst, ob sich die Befragten darüber hinaus tatsächlich engagieren, indem sie z.B. ein Ehrenamt übernommen haben oder auf andere Weise aktiv geworden sind. Erneut findet sich insbesondere in Arnsberg sowie im Landkreis Osnabrück ein vergleichsweise besonders hohes Engagement: 39,6% bzw. 36,6% der dort Befragten geben an, sich im Rahmen ihrer Mitgliedschaft auch aktiv einzusetzen. In Herford erreicht dieser Anteil lediglich ein Viertel, in Dortmund mit 27,5% nur wenig mehr.

Sozialer Zusammenhalt in einer Kommune ist jedoch nicht nur eine Frage des Fortbestandes gemeinschaftlicher Lebensformen und einer gemeinschaftlichen Orientierung. Vielmehr geht es auch darum, Lebensverhältnisse zu schaffen, die eine Teilnahme Aller am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut oder auch die Frage des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen sind hier angesprochen.

Die Kommunen liegen hierbei im Schnittpunkt: hier sind die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen in Form steigender finanzieller Belastungen direkt zu spüren beispielsweise durch die Zuständigkeit für die Sozialhilfe. Andererseits können sie aber auch konkrete Angebote auf kommunaler Ebene bzw. Stadtteilebene bereitstellen, beispielsweise durch das Programm Soziale Stadt. Und schließlich sind gesellschaftliche Veränderungen vor Ort, also in der Stadt oder im Kreis, für die Bürgerinnen und Bürger direkt spürbar.

Hierbei entwickeln sich die Kommunen immer weniger homogen: Einerseits wird eine Suburbanisierung festgestellt. Familien, die es sich leisten können, ziehen häufig an den Stadtrand bzw. in entsprechende Stadtteile, die zu „Inseln der Wohlhabenden und Integrierten“ werden, während sich einzelne Innenstadt-Viertel und Straßenzüge immer

mehr zu „Inseln der Armen, Ausgegrenzten, Fremden“ (Häußermann und Siebel 1998) entwickeln. So müssen gesellschaftliche Problemlagen häute in erster Linie von den Städten aufgefangen werden. Es gibt aber auch gegenläufige Trends: so haben auch gut qualifizierte Singles die Innenstädte entdeckt und stellen hohe Ansprüche an Lebensqualität und Kulturangebot.

Der Zusammenhang von Armut und sozialem Zusammenhalt wird bereits in der Armutdefinition der EU deutlich: Der Begriff Armut „umfasst Personen, Familien und Gruppen,“ „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Rat der EG 1984). Armut führt also zur mangelnden Teilhabe an Teilen des gesellschaftlichen Lebens und damit des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Insgesamt hat Armut heute ein deutlich jüngerer Gesicht als noch vor einigen Jahrzehnten: Betroffen sind vor allem Familien, allein Erziehende und Kinder. Ein deutlicher Indikator für die zunehmende Anzahl von Personen in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Sozialhilfe. Bundesweit ist die Sozialhilfequote bei Jugendlichen unter 18 Jahren sogar doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung. Dieser Trend bestätigt sich auch in den Kompass-Kommunen: sie liegt zwischen 4,0% im Kreis Soest, 12,7% in Dortmund und sogar 14,6% in Celle. Ein weiteres relevantes Armutsrisiko ist Arbeitslosigkeit. Sie betrifft bekanntlich über 10% der bundesdeutschen Bevölkerung. Besonders Besorgnis erregend ist hierbei, dass etwa jeder dritte Arbeitslose über ein Jahr arbeitslos, also Langzeitarbeitsloser ist. Die Gruppe von Arbeitslosen teilt sich im Bundestrend in verschiedene Gruppen. Nach wie vor sind insbesondere Ältere, Ausländer und Schwerbehinderte, Ungelernte und Arbeiter überdurchschnittlich häufig und überdurchschnittlich lange von Arbeitslosigkeit betroffen.⁷ In Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt ist besonders der Teufelskreis von Arbeitslosigkeit -> Armutsrisiko -> Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt -> Schwierigkeiten bei Bank- bzw. Kreditgeschäften -> sozialem Abstieg -> Schwierigkeiten bei Arbeitsplatzsuche -> häufig verbunden mit Schwierigkeiten in Familie, Nachbarschaft und sozialem Umfeld relevant. „Arbeit zu haben bedeutet jedoch nicht nur, über Einkommen zu verfügen. Außer der Befriedigung existenzieller Bedürfnisse dient Arbeit der individuellen und sozialen Identitätsfindung; Arbeit vermittelt Erfahrungen bezüglich der eigenen Kompetenz, des Selbstwerts und soziale Anerkennung. Umgekehrt geht Arbeitslosigkeit nicht nur mit materiellen Einschränkungen, sondern auch mit psychosozialen wie auch gesundheitlichen Problemen einher und nimmt damit Einfluss auf Einstellungen, wahrgenommene Lebensqualität und die soziale Einbindung des Einzelnen“ (Datenreport 2003).

Die Daten der Kompass Kommunen bestätigen diese Aussage: So schätzen Arbeitslose die Lebensqualität vor Ort geringer ein als der Durchschnitt. Geben insgesamt 9,8% der in der Bürgerbefragung interviewten Personen an⁸, die Lebensqualität vor Ort sei nicht so gut oder gar nicht gut, sind es in der Gruppe der Arbeitslosen insgesamt 16,9%, die diesen Eindruck wiedergeben.

Auch was die Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Organisationen angeht, ist die Einbindung Arbeitsloser geringer: Sind insgesamt 52,3% der Befragten Mitglied in einem Verein oder einer sonstigen Organisation, sind es unter den Arbeitslosen lediglich ein Drittel. Betrachtet man allerdings das tatsächliche Engagement dieser Mitglieder, zeigt sich in der Gruppe der Arbeitslosen sogar ein höherer Anteil von ehrenamtlich oder in anderer Weise Aktiven: So geben 42% der Mitglieder unter den Arbeitslosen an, ein Ehrenamt auszuüben und weitere 25,9% auf andere Weise aktiv mitzuarbeiten.

⁷ BMAS (2001): Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

⁸ Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Befragungen in Arnsberg, Celle, Coesfeld, Dortmund, Herford sowie im Landkreis Osnabrück.

Im Durchschnitt der befragten Mitglieder sind nur 22,6 ehrenamtlich tätig und 29,7% beteiligen sich auf andere Weise aktiv.

Was für Arbeitslose bereits beschrieben wurde, gilt auch für die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Insgesamt kann festgestellt werden, dass wirtschaftlich besser Gestellte die Lebensqualität vor Ort häufiger positiv bewerten; sie interessieren sich häufiger für das Geschehen vor Ort und bejahen häufiger die Aussage, in der Stadt gebe es viele engagierte Bürger, die sich für die Gemeinschaft einsetzen. Umgekehrt bejahen Personen, die ihre wirtschaftliche Situation als eher schlecht einschätzen, die Aussage, es herrsche eine Ellenbogengesellschaft, deutlich häufiger. Auch im Hinblick auf soziale Probleme in der Kommune zeigen sich deutliche Differenzen. Je schlechter die eigene wirtschaftliche Situation eingeschätzt wird, desto eher werden auch Phänomene wie Arbeitslosigkeit, Armut oder das Zusammenleben von Deutschen, Ausländern und Spätaussiedlern als ein großes Problem vor Ort wahrgenommen. Selbst in Punkto Umweltzerstörung werden in der Gruppe der wirtschaftlich schlechter Gestellten mehr Probleme gesehen.

Auch hinsichtlich der Indikatoren für gesellschaftliche Einbindung wie die Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Organisationen und dem ehrenamtlichen Engagement ergibt sich für die Gruppe derjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht einschätzen, ein geringes Maß an Integration. So sind zwar 59% der gut Gestellten, aber nur 43,5% der wirtschaftlich eher schlecht gestellten, Mitglied in einem Verein oder in einer sonstigen Organisation. Daneben besteht in der Gruppe der wirtschaftlich schlechter Gestellten auch ein größeres Misstrauen gegenüber den kommunalen Institutionen: Deutlich seltener vertrauen sie z.B. darauf, dass die Verwaltung Beschwerden nachgeht, dass der Gemeinde, Stadt- oder Kreistag tatsächlich Bürgerinteressen vertritt oder darauf, als Bürger tatsächlich Einfluss auf das Geschehen in der Kommune zu haben. Je schlechter die wirtschaftliche Lage, desto pessimistischer wird auch die soziale Lage in der Kommune insgesamt wahrgenommen und desto weniger Vertrauen besteht zu den vorhandenen kommunalen Institutionen. Damit fühlt sich eine gesellschaftliche Gruppe, die aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Situation besonders auf Unterstützung angewiesen ist, tendenziell aus der (kommunalen) Gemeinschaft ausgeschlossen. Den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern, erfordert es daher, gerade diese Bevölkerungsgruppen verstärkt anzusprechen und in das kommunale Geschehen einzubinden.

Handlungsansätze

Handlungsansätze empfehlen sich hier insbesondere in drei Bereichen:

1. Vernetzung und Kooperation zwischen den kommunalen Ämtern, Arbeitsamt, Trägern und Einrichtungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Schaffung verbesserter Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten
2. Sozialraumbezogene Sozialpolitik zur Begegnung von materiellen und psychosozialen Problemlagen insbesondere durch die Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände, Kindergärten, Schulen, sozialen Einrichtungen, kommunalen Ämtern und Einrichtungen in den Sozialräumen sowie eine sozialraumbezogene Beteiligung der Bevölkerung.
3. Die Verhinderung oder Entschärfung sozialer Brennpunkte durch eine intelligente Stadtentwicklungspolitik, die vor allem Entwicklungsprozesse von benachteiligten Stadtvierteln fördert, z.B. durch Förderung Selbsttragender Strukturen und Beteiligung der Quartiersbevölkerung.

3. Nachbarschaft als Indikator des sozialen Zusammenhalts

Wie intensiv nachbarschaftliche Kontakte sind, das sagt – alleine genommen – erst einmal nicht viel aus. Manche Menschen entscheiden sich für mehr nachbarschaftlichen Kontakt, andere entscheiden sich bewusst dagegen. Wie diese Entscheidungen des Einzelnen zu bewerten sind, soll hier nicht Gegenstand sein. Interessant wird dieser Indikator „Nachbarschaftskontakte“ jedoch, wenn nach den unfreiwilligen Kontaktverlusten gefragt wird und wenn dieser Indikator mit der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Befragten verknüpft wird. In der Analyse der Befragungen aus dem Kompass-Projekt wurde beides versucht.

Erkenntnisse aus der Datenerhebung des Kompass-Projektes

Wie gestaltet sich nun das nachbarschaftliche Verhältnis in den Kompass-Kommunen? Gerade hier in der unmittelbaren Nahwelt kann sich Gemeinschaft noch am ehesten manifestieren. In der Bürgerbefragung wurde u.a. erfasst, wie eng sich das nachbarschaftliche Verhältnis gestaltet. Ein eher enges nachbarschaftliches Zusammenleben geben 55,9% der Befragten an, die in der Nachbarschaft auch zusammen feiern. 84,5% der Befragten helfen sich mit ihren Nachbarn gegenseitig aus. Dies zeigt, dass die Nachbarschaft durchaus noch als soziales Netzwerk funktioniert, das – zumindest in Ausnahmefällen – auch Hilfeleistungen bereitstellen kann. Auch dies gilt sowohl für ländliche Regionen wie den Landkreis Osnabrück oder Coesfeld, aber auch für die Großstadt Dortmund.

38,5% der Befragten geben an, mit den Nachbarn lediglich ein paar Worte zu wechseln. Erwartungsgemäß ist dieser Anteil in der Großstadt Dortmund mit 43,9% höher, allerdings scheint auch in Herford das Nachbarschaftsverhältnis vergleichsweise weniger eng zu sein. Hier geben sogar 44,7% der Befragten an, mit den Nachbarn lediglich ein paar Worte zu wechseln und hier wird auch mit 13,7% am häufigsten der Wunsch geäußert, mehr Kontakt zu den Nachbarn zu haben. Allerdings sind gerade in dieser Frage die Unterschiede zwischen den Kommunen relativ gering. Insgesamt geben 10,7% der Befragten in den fünf Städten bzw. im Landkreis Osnabrück an, sie hätten gerne mehr Kontakt mit den Nachbarn. Bei dieser Gruppe der Befragten handelt es sich um nicht freiwillige Kontaktverluste in der Nachbarschaft.

Deutliche Unterschiede ergeben sich zwischen Arbeitslosen und dem Durchschnitt der Bevölkerung bei der Betrachtung der Einbindung in die Unmittelbare Nachbarschaft. So geben beispielsweise lediglich 39,9% der Arbeitslosen an, manchmal auch mit ihren Nachbarn zu feiern (gegenüber 55,9% der Befragten insgesamt). Umgekehrt wechseln die Hälfte der Arbeitslosen mit ihren Nachbarn lediglich ein paar Worte, nicht mehr (gegenüber 38,5 der Befragten insgesamt). Entsprechend ist der Wunsch nach mehr Kontakt in der Nachbarschaft bei Arbeitslosen etwa doppelt so häufig anzutreffen als bei der Gesamtbevölkerung: 23,7% der Arbeitslosen äußern dies (gegenüber 10,7% der Befragten insgesamt).

Ähnliche Ergebnisse liegen bei denjenigen Befragten vor, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als „eher schlecht“ einstufen. 17,2% in dieser Gruppe wünschen sich mehr Kontakt mit den Nachbarn, aber nur 6,2% derjenigen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als „sehr gut“ einschätzen.

Die Frage nach den Nachbarschaftskontakten kann hier als Indikator für den Sozialen Zusammenhalt genommen werden und zeigt eine deutliche Korrelation zur wirtschaftlichen Situation der befragten Personen auf. Zugespitzt formuliert lautet die Schlussfolgerung: wirtschaftlich schlechter Gestellte erfahren weniger sozialen Zusammenhalt als

Sozialer Zusammenhalt – Kitt in Kommunen, Nachbarschaft und Familie.

besser Gestellte – oder Arbeitslosigkeit und Armut erschweren den sozialen Zusammenhalt vor Ort.

Ein ähnliches Ergebnis ergibt die Auswertung der befragten Ausländer⁹. Nimmt man das Ausmaß gemeinsamer Aktivitäten als Maß für die nachbarschaftliche Einbindung, zeigt sich bei Ausländern eine deutlich geringere Einbindung:

- 44% der Ausländer feiern manchmal zusammen mit Nachbarn, aber 56% der Deutschen tun dies
- 45% der Ausländer wechseln mit ihren Nachbarn lediglich ein paar Worte und nicht mehr – bei den Deutschen liegt dieser Anteil bei 38%
- 76% der Ausländer helfen sich in der Nachbarschaft gegenseitig aus, aber 85% der Deutschen.

Obwohl also eine große Mehrheit der Ausländer angibt, gerne an ihrem deutschen Wohnort zu leben, sind sie deutlich weniger in ihre unmittelbare Nachbarschaft integriert als Deutsche. Gleichzeitig besteht bei ihnen jedoch besonders häufig der Wunsch nach mehr Nachbarschaftskontakten: 30% wünschen sich mehr Kontakte zu den Nachbarn, aber nur 10% der Deutschen. Dies kann als deutliches Zeichen für einen Wunsch nach mehr Integration gewertet werden.

Neben der wirtschaftlichen Situation gibt es also eine sehr deutliche Korrelation zwischen Sozialem Zusammenhalt und Zuwanderung. Zu überprüfen ist diese Schlussfolgerung mit Sicherheit im Falle der Stadtteile mit hoher sozialräumlicher Konzentration von Zuwanderern.

⁹ Statistisch sind hier nur die Personen ohne deutschen Pass erfasst

4. Integration als kommunale Herausforderung

Segregation und Partizipation

Integration wird zunehmend zu einer der wichtigsten Herausforderungen in Kommunen. Wie weit sind Zuwanderer¹⁰ in Deutschland integriert? Wie ist die soziale und wirtschaftliche Lage der ausländischen Bevölkerung? Zwar hat innerhalb der Gruppe der Zuwanderer in den letzten Jahren eine Heterogenisierung im Hinblick auf Einkommen und Bildung stattgefunden, und die Zahl der Universitätsabsolventen hat ebenso wie die der ausländischen Selbständigen zugenommen. Von einer Integration im Sinne einer durchschnittlichen Teilhabe der Zuwanderer im Hinblick auf berufliche Stellung, Einkommen, Bildung und Wohnsituation kann jedoch bei einem Großteil der ausländischen Bevölkerung nicht die Rede sein. Das wird deutlich an der Sichtung verschiedener Indikatoren für die soziale Situation von Ausländern, die einen durchweg geringeren Lebensstandard dieser Personengruppe zeigt.¹¹ Zwar stellen die Möglichkeit der Einbürgerung und damit die rechtliche Gleichstellung einen wichtigen Beitrag zur Eingliederung von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft dar, die Frage der Integration ist jedoch damit längst noch nicht hinreichend beantwortet.¹² Integration setzt vielmehr die „gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ Leben voraus – so die Unabhängige Kommission Zuwanderung in ihrem Bericht (Bundesministerium des Innern 2001). Diese Teilhabe ist jedoch vor allem abhängig vom Migrationshintergrund und nicht von der Staatsangehörigkeit, wie zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien gezeigt haben.¹³

Die PISA Studie zeigt in einer repräsentativen Stichproben-Befragung der 15 Jährigen, wie groß tatsächlich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber dem reinen Ausländeranteil an der Bevölkerung ist. Der Migrationshintergrund wurde in der PISA-Studie anhand von drei Merkmalen erfasst: Geburtsland der Eltern, Geburtsland der 15-Jährigen sowie die Sprache, die in den Familien vorwiegend gesprochen wird. Fast ein Drittel der 15-Jährigen hatten mindestens ein Elternteil, das im Ausland geboren wurde – d.h. 30% der Jugendlichen hatten Migrationshintergrund, dagegen lag der Ausländeranteil in NRW bei 11,1% im Jahre 2000.

Erkenntnisse aus den Daten des Kompass-Projektes

Bezogen auf die Datenerhebungen im Rahmen des Kompass-Projektes ist davon auszugehen, dass auch in den Projekt-Kommunen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weit höher liegt als der statistisch erfasste Anteil der Ausländer. Gerade im unmittelbaren Zusammenleben in den Kommunen dürfte der ethnische, kulturelle und soziale Hintergrund einer Person für die Integration eine größere Rolle spielen als der Besitz eines deutschen Passes. Dennoch geben die Ergebnisse zur Situation der ausländischen Bevölkerung wichtige Hinweise auf die spezifischen Integrationsprobleme dieser Bevölkerungsgruppe.

Hierzu gehört zunächst die wirtschaftliche und soziale Situation der Ausländer. Die Arbeitslosenquote ist bei der ausländischen Bevölkerung ca. 2,5-mal so hoch wie bei der Bevölkerung insgesamt. Das bestätigen die Ergebnisse aus dem Kompass-Projekt: die Arbeitslosenquote der Ausländer liegt im Durchschnitt der Kompass-Kommunen bei 23,5%, gegenüber 9,6% der Gesamtbevölkerung. In Dortmund erreicht die Arbeitslo-

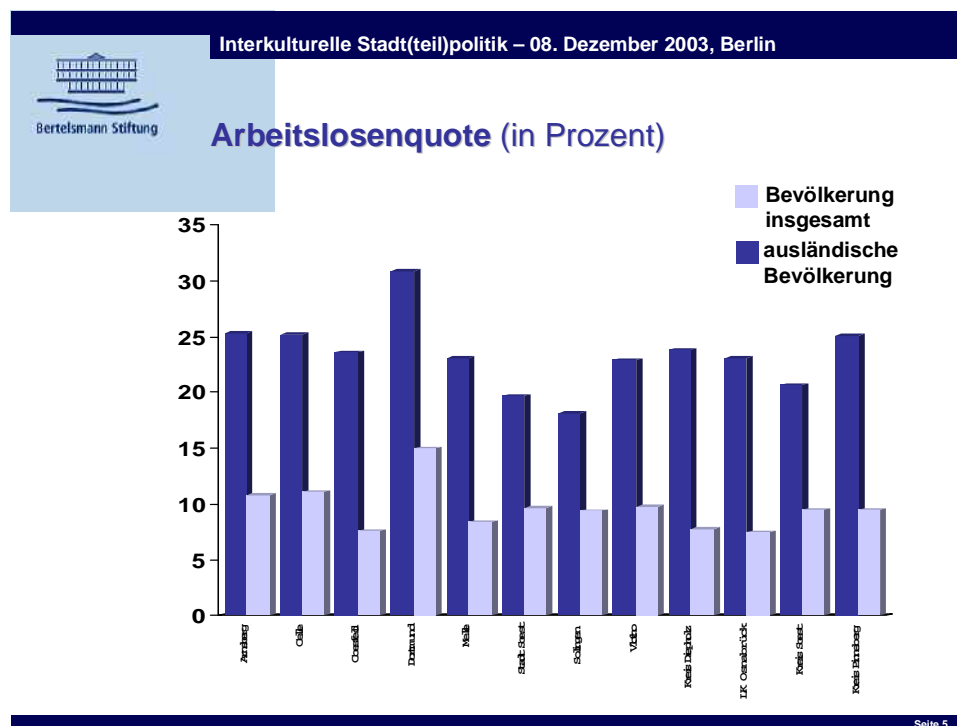
¹⁰ Der Begriff Zuwanderer wird hier verstanden als Oberbegriff, der neben Ausländern auch Aussiedler, eingebürgerte Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge und andere umfasst.

¹¹ Hingewiesen wurde bereits auf das Problem der statistischen Verfügbarkeit von Daten für Aussiedler und andere Menschen mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass besitzen. Ein nennenswerter Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund „verschwindet“ damit in der amtlichen Statistik, die lediglich nach Staatsangehörigkeit unterscheidet.

¹² Vgl.: Bertelsmann Stiftung/ GEBIT (2004). Lebensqualität – Zukunft gestalten.

¹³ Vgl.: ebenda.

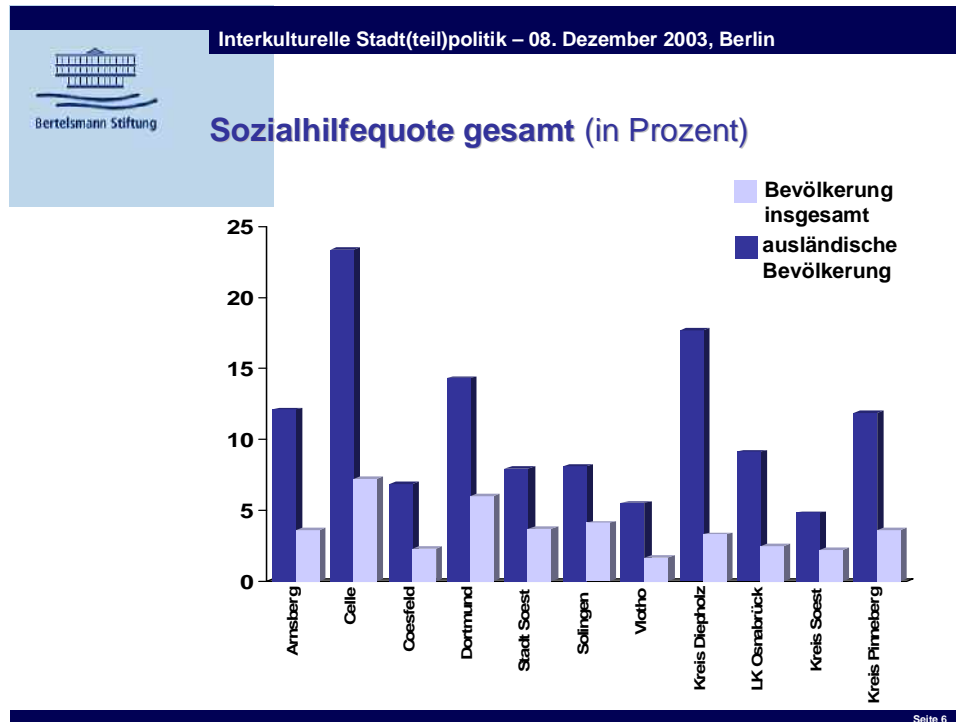
senquote bei der ausländischen Bevölkerung mit 30,9% den höchsten Wert, in Solingen mit 18,2% den niedrigsten. Beides sind Städte mit einem hohen Ausländeranteil and der Bevölkerung.



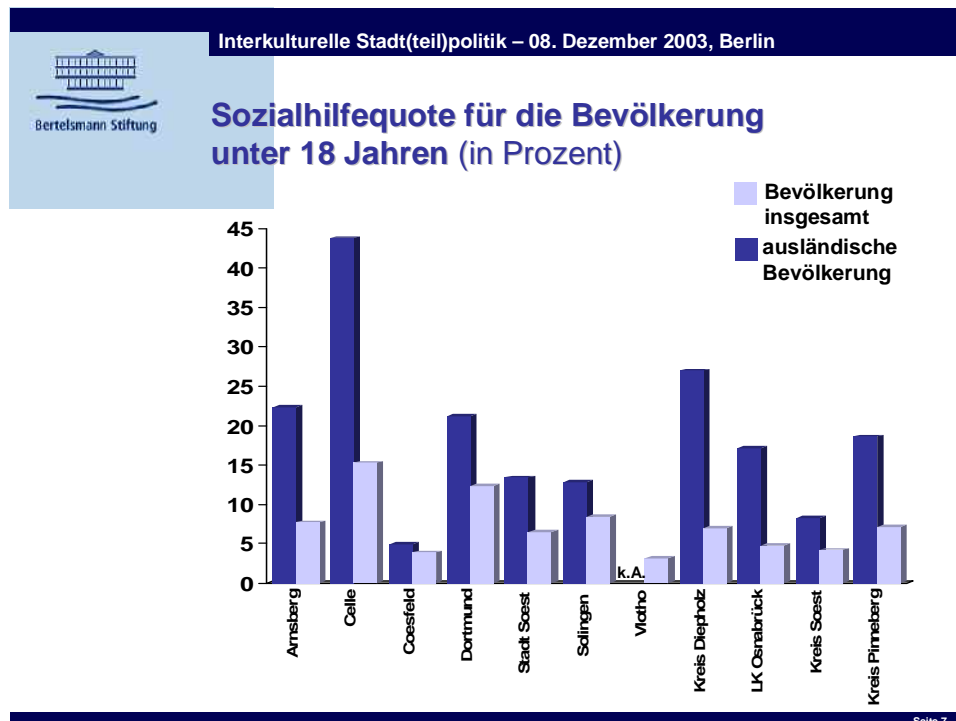
Dieses Beispiel zeigt, dass eine Integration im Sinne von gleichberechtigten Partizipations- und Karrierechancen der ausländischen Arbeitnehmer bisher noch nicht gelungen ist. Die gegenüber Deutschen erhöhten Arbeitslosenquoten sind hierfür nur ein Symptom für die schlechtere Integration in den Arbeitsmarkt.

Dagegen hat sich die Zahl der selbständigen Ausländer in den letzten Jahren stark erhöht, was auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hatte, da ein ausländischer Selbständiger im Durchschnitt drei weitere Mitarbeiter beschäftigt (vgl.: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002 a). Nach wie vor konzentrieren sich diese Arbeitsplätze jedoch im Bereich von Handel und Gastronomie (vgl.: z.B. Leicht et. Al.2001). Vom Strukturwandel der Wirtschaft, vor allem von der Entwicklung gut dotierter Berufe im Dienstleistungsbereich konnten Ausländer aber weder als Arbeitnehmer noch als Selbständige profitieren (vgl. z.B. von Loeffelholz 2001). Im Gegenteil durch das Auseinanderklaffen des geforderten Tätigkeitsprofils mit den individuell erlernten Fähigkeiten werden Ausländer häufig zu Verlierern des Strukturwandels, wie das Beispiel Dortmund schließen lässt. Der Anteil der un- und angelernten Arbeiter ist unter Ausländern besonders hoch.

Erschreckend hoch sind auch die Sozialhilfequoten für die ausländische Bevölkerung. Sie liegen im Durchschnitt dreimal so hoch wie der Anteil in der deutschen Bevölkerung.



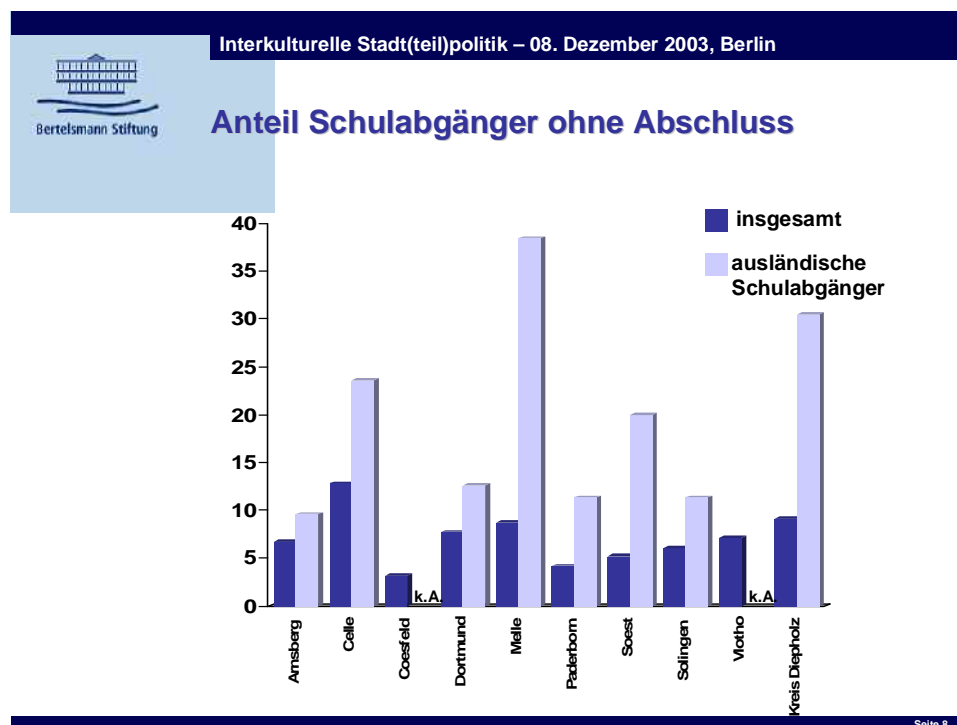
Noch höhere Quoten ergeben sich für ausländische Kinder und Jugendliche: im Durchschnitt sind ca. 18% ausländischer Kinder und Jugendlicher auf Sozialhilfe angewiesen. Das heißt, fast jeder fünfte Ausländer unter 18 Jahren ist Sozialhilfeempfänger. Dass dies in mehrfacher Hinsicht den sozialen Zusammenhalt in Kommunen belastet, liegt auf der Hand.



Die Daten der Kompass-Erhebung zeigen, dass die Frage der Ausländerintegration sich nicht nur in Kommunen mit einem besonders hohen Ausländeranteil stellt. Viel-

mehr sind die Sozialhilfequoten auch in Kommunen mit geringem Ausländeranteil sehr hoch, beispielsweise im Landkreis Diepholz.

Wo sind die Ursachen für das hohe Risiko von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu suchen? Ein Faktor liegt in den Integrationsdefiziten des Bildungssystems begründet. Im Bildungswesen, beispielsweise bei den Schulabschlüssen, schneiden Ausländer deutlich schlechter ab als die Gesamtbevölkerung. So verließen im Durchschnitt der Kompass Kommunen 18% der ausländischen Schulabgänger die Schule ohne jeden Schulabschluss – auch diese Zahl liegt etwa doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung.



Ohne Abschluss jedoch sinken die Chancen, eine qualifizierte Ausbildung zu bekommen und damit auch die Arbeits- und Zukunftsperspektiven. Bedenkt man, dass die Altersgruppe der unter 15 Jährigen in der ausländischen Bevölkerung wesentlich größer ist, als in der Gesamtbevölkerung und damit in den nächsten Jahren besonders viele ausländische Jugendliche in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt drängen werden, wird die Bedeutung einer Förderung ausländischer Kinder in der Schule noch deutlicher.

Dass sich die wirtschaftliche Situation der ausländischen Bevölkerung schlechter darstellt als die der deutschen, bestätigen auch die Ergebnisse der Bürgerbefragung. Hier haben 65% der Deutschen, aber nur 48% der ausländischen Befragten angegeben, ihre eigene wirtschaftliche Situation sei „sehr gut“ oder „gut“. 39% der Ausländer, aber 30% der Deutschen beantworteten die Frage mit „es geht“. „Eher schlecht“ bzw. „schlecht“ werteten 13% der Ausländer und 5% der Deutschen ihre wirtschaftliche Lage.

Auch im Hinblick auf die Wohnverhältnisse bestehen beträchtliche Unterschiede: Die Auswertung der Bürgerbefragung zeigt, dass Ausländer in Ein- und Zweifamilienhäusern deutlich unterrepräsentiert, in Mehrfamilienhäusern, Wohnblocks und Hochhäusern jedoch deutlich überrepräsentiert sind. Ihre Wohnverhältnisse sind im Durch-

schnitt also deutlich schlechter als die der Deutschen. „Alle Indikatoren – von der verfügbaren Wohnfläche bis zur generellen Wohnqualität und Wohnlage belegen, dass Einwanderer durchweg noch unter signifikant schlechteren Bedingungen wohnen als Einheimische“ (Leggewie 2000, S. 101). Außerdem ist festzustellen, dass sich Zuwanderer häufig in solchen Stadtquartieren konzentrieren, die hinsichtlich Wohnqualität und sozialem Status benachteiligt sind. Insofern verwundert es wenig, dass Ausländer deutlich seltener mit ihren Wohnverhältnissen zufrieden sind. Dies betrifft im Übrigen alle Wohnformen: d.h. auch Ausländer in Einfamilienhäusern sind seltener „sehr zufrieden“ als Deutsche in den gleichen Wohnverhältnissen.

Dies mag seine Ursache auch im Verhältnis zur Nachbarschaft haben. Wie die Analyse der Bürgerbefragung gezeigt hat, sind Befragte mit engen Beziehungen zu ihren Nachbarn zufriedener mit ihren Wohnverhältnissen. Dies gilt für alle Wohnformen, d.h. auch Befragte in Wohnblocks sind mit diesen Wohnverhältnissen zufriedener, wenn sie enge Nachbarschaftskontakte unterhalten. Ausländer unterhalten jedoch, wie bereits ausgeführt wurde, deutlich seltener enge Beziehungen zu ihren Nachbarn.

Nicht nur die Integration in die unmittelbare Nachbarschaft, sondern auch die Integration in das Gemeinwesen insgesamt, ist bei Ausländern geringer. Beispielsweise ist die ausländische Bevölkerung seltener in Vereine oder sonstige Organisationen eingebunden. Ein Drittel der ausländischen Bevölkerung gab in der Bürgerbefragung an, einem Verein oder einer sonstigen Organisation anzugehören, aber etwas mehr als die Hälfte der Deutschen. Betrachtet man nur Mitglieder in den beiden Bevölkerungsgruppen und fragt, wie hoch der Anteil derjenigen ist, der als Ehrenamtlicher oder in sonstiger Weise aktiv ist, zeigen sich jedoch kaum Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern: 59% der Ausländer und 62% der Deutschen, die Mitglied in einem Verein oder einer sonstigen Organisation sind, geben an, in irgendeiner Weise aktiv mitzuarbeiten.

Die Auswertung der Kompass-Daten ergibt, dass etwas mehr als ein Viertel der Bürger das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern sowie Spätaussiedlern als ein „großes Problem“ bezeichnet, und zwar unabhängig davon, wie groß der Ausländeranteil in ihrer Kommune ist. D.H., Menschen in Kommunen mit hohem Ausländeranteil urteilen nicht anders als Menschen in Kommunen, in denen vergleichsweise wenige Ausländer leben. Vielmehr erweist sich wiederum die Arbeitslosenquote als wichtigster Faktor bei dieser Einschätzung: Der größte Unterschied findet sich nun zwischen Befragten in Kommunen mit einer Arbeitslosenquote von unter 10% und solchen mit einer Arbeitslosenquote von über 10%. Liegt die Arbeitslosenquote vergleichsweise niedrig, wird das Zusammenleben von Deutschen, Ausländern und Spätaussiedlern von 23% der Befragten als „großes Problem“ bezeichnet. Bei einer Arbeitslosenquote von über 10% steigt der Anteil um fast das Doppelte auf 45%, Fühlen sich die Befragten in Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit gleichzeitig durch Kriminalität bedroht, geben sogar mehr als die Hälfte (52,7%) an, das Zusammenleben sei problematisch. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass Integration, sozialer Zusammenhalt und wirtschaftliche Gesamtsituation in einem engen Zusammenhang stehen. Zuwanderung kann unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen auch zu Verteilungskonflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen führen.

Auch wenn der Ausländeranteil an der Bevölkerung für die Bewertung des Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen keine Rolle spielt, so ist er dennoch von Bedeutung, wenn es um andere Fragen geht. Zum einen steht der Ausländeranteil in engem Zusammenhang mit der Bewertung von Kommunen als „lebendige Stadt“. 79% der Befragten in Kommunen mit einem Ausländeranteil von mehr als 10% betrachten ihre Stadt als „lebendig“, aber nur 45% der Bürger in Kommunen mit einem niedrigeren Ausländeranteil. Kulturelle Vielfalt wird von den Bürgern also durchaus auch positiv bewertet.

Gleichzeitig nehmen Bürger in Städten mit hohem Ausländeranteil aber auch deutlich häufiger Armutsprobleme wahr. Mehr als ein Drittel von ihnen geben an, Armut sei in ihrer Stadt „ein großes Problem“. Liegt der Ausländeranteil unter 10%, sind es lediglich 11,9%. Die weiter oben erläuterten Zahlen zur Arbeitslosen- und Sozialhilfestatistik zeigen, dass diese Bewertung für zumindest den ausländischen Bevölkerungsteil eine realistische Basis hat.

Die Zusammenstellung der Daten zu verschiedenen Aspekten der Lebenssituation von Ausländern in den Kompass-Kommunen macht deutlich: Von einer Integration im Sinne einer „gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben (Bundesministerium des Innern 2001) kann kaum die Rede sein. Vielmehr ist diese Bevölkerungsgruppe in weitaus stärkerem Maß von Armutslagen betroffen, als dies für Deutsche der Fall ist. Dies dürfte im Übrigen auch für die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund zutreffen. Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Integrationsförderung dürfte dabei kaum abhängig sein vom Ausländeranteil der Bevölkerung. Auch die Nicht-Integration eines relativ kleinen Anteils der Bevölkerung bringt für die Kommunen erhebliche Kosten mit sich. Sie stellt zudem eine Hypothek auf die Zukunft dar. Wie in anderen Bereichen sind auch hier individuelle und gesamtgesellschaftliche Folgen eng miteinander verknüpft. Gelungene Integration eröffnet dem einzelnen mehr Lebenschancen und leistet in den Kommunen einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt wie zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Hier sei nur an den zukünftig zu erwartenden Fachkräftemangel und die Notwendigkeit der Aktivierung des Bildungspotenzials auch aus der Gruppe der Zuwanderer erinnert.

Handlungsansätze

Welche Handlungsansätze sind nun zu empfehlen, um die Integration von Migranten in deutschen Kommunen zu verbessern?

Erfahrungen aus verschiedenen Projekten sowie internationale Vergleiche der Bertelsmann Stiftung machen deutlich, dass es nicht reicht, mit einzelnen Ansätzen zu versuchen, die Herausforderung Integration zu bearbeiten. Vielmehr ist es nötig, Integration als eine gesamtstädtische Querschnittsaufgabe zu verankern, die in einer nachhaltig angelegten fachübergreifenden und strategischen Planung angegangen wird. Hier ist ein Paradigmenwechsel erforderlich, die Abkehr von Integration als „Nischenpolitik“ und Hinwendung zur Integration als gesamtstädtischer strategischer Steuerungsaufgabe. Eine so verstandene strategische Planung sollte auf einer genauen Analyse der Situation, bezogen auf ein Kennzahlen gestütztes Berichtswesen aufbauen.

Eine Schlüsselfrage ist bei der Integration von Migranten die Partizipation insbesondere der Migrantengruppen aber auch der deutschen Bevölkerung. Angebote, die nicht unter Beteiligung der angesprochenen Migrantengruppen entwickelt worden sind, werden von diesen oft nicht angenommen. Umgekehrt sind beispielsweise Sprachkurse, bei deren Entstehung Zuwanderer selbst beteiligt waren, und die von Zuwanderern selbst angeboten werden, oft wesentlich wirksamer – bezogen auf Teilnahme aber auch auf Lernerfolge.

Bei den konkreten Integrationsangeboten sollten im Vordergrund Sprachangebote stehen sowie Angebote, die auf eine Integration insbesondere jugendlicher Ausländer, Aussiedler und Menschen mit Migrationshintergrund zielen. Auch hier ist die Beteiligung dieser Zielgruppen ein Schlüsselfaktor. Darüber hinaus sind Qualifizierungen zu Konfliktmediation zu empfehlen.

Im Rahmen einer internationalen Tagung der Bertelsmann Stiftung zum Thema „Strategien der Integration“, die am 24. September 2001 in Essen stattfand, wurden folgende 10 Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Stadtpolitik erarbeitet:¹⁴

1. Das Interkulturelle Leitbild
 - Entwicklung eines detaillierten interkulturellen Konzepts
 - Verabschiedung des Konzepts durch den Stadtrat
2. Kommunale Netzwerkarbeit und strukturelle Beteiligung
 - Kommunale Netzwerkarbeit
 - Strategisches Management des Integrationsprozesses
3. Mitarbeiter mit Migrationserfahrungen der Kommunalverwaltung
 - Aktive Maßnahmen zur verstärkten Einstellung von Migranten
 - Gezielte Anwerbung bestimmter Gruppen
4. Interkulturelle Kompetenzvermittlung in Kommunalpolitik und Verwaltung
 - Feststellung des Trainingsbedarfs zur Unterstützung dieser Kompetenzen
 - Berücksichtigung von Integrationskomponenten in Management-Seminaren
5. Nachbarschaftsschulen
 - Drängen gegenüber Landesregierungen auf eine selbständige Schulentwicklung
 - Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen (Tagesbetreuung in Schulen, Zusammenarbeit zwischen Schulinitiativen und Jugendzentren etc.)
6. Sprachvermittlung
 - Ausbildung von „Nachbarschaftsmüttern“ als Multiplikatoren für Kindergärten
 - Unterstützung interkultureller Elternarbeit
 - Priorisierung der Ausbildungsanstrengungen
7. Die Kommune als vorbildlicher Arbeitgeber
 - Erhöhung des Anteils von Migranten in der Kommunalverwaltung
 - Schaffung spezieller Ausbildungsprogramme in der Kommunalverwaltung
8. Wirtschaftliche Antidiskriminierungsprogramme
 - Antidiskriminatorische Richtlinien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
 - Netzbildung mit lokalen Handwerkern, Ladenbesitzern, Gewerkschaften und Banken
 - Integrationsgerichtete Vertragsabschlüsse zwischen der Kommunalregierung und lokalen Unternehmen

¹⁴ Diese Empfehlungen haben weitgehend Eingang gefunden in einen bundesweiten Wettbewerb, den das Bundesministerium des Innern gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung ausschreibt: „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik.“ (2004). Weitere Informationen unter: www.erfolgreiche-integration.de und: www.bmi.bund.de

9. Symbolische Repräsentanz von Bürgern mit Migrationshintergrund
 - Aktionen zur Erhöhung der Sichtbarkeit von Bürgern mit Migrationshintergrund in öffentlichen und politischen Funktionen
10. Selbstorganisation ethnischer Minderheiten
 - Systematische Einbindung (und notfalls Finanzierung) von Selbstorganisationen, insbesondere islamische Organisationen
 - Nutzung einer solchen Einbindung zur Förderung von Partizipation und zur Verhinderung von Fundamentalismus

5. Familie als kommunales Handlungsfeld

Hintergrund des demographischen Wandels

Der demographische Wandel stellt Kommunen vor schwierige Aufgaben. Durch die sich ändernde Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich auch das Zusammenleben der Bevölkerung dramatisch ändern. Die ständig wachsende Gruppe der älteren Menschen wird zur bevorzugten Zielgruppe vieler kommunaler Einrichtungen von Volkshochschule bis Sportverbänden. Auch die Frage ehrenamtlicher Betätigung oder nachbarschaftlicher Hilfe entwickelt sich anders vor diesem Hintergrund. Umgekehrt gibt es bereits jetzt schon in einigen Regionen (z.B. Ostdeutschlands) viel Wohnungsleerstand, hier wird sich nachbarschaftliches Zusammenleben deutlich ändern. Bald schon werden ca. ein fünftel weniger Kinder zunächst in Kindergärten und wenig später in Schulen angemeldet. In diesen Altersgruppen wird der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund (derzeit in NRW bereits bei ca. 30%) auf schätzungsweise 40% steigen.¹⁵ Hinzu kommt, dass aufgrund der bereits niedrigen Geburtenraten in der Vergangenheit die Anzahl der potenziellen Mütter abnimmt. Die derzeitige wirtschaftliche Rezession sowie die nach wie vor mangelhaften Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie könnten die Geburtenraten noch weiter senken.¹⁶

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sollten Kommunen eine doppelte Strategie einschlagen: indem sie zum einen versuchen, den Bevölkerungsrückgang abzuschwächen, in dem beispielsweise die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden (Ganztagsangebote, Kindergartenöffnungszeiten, flexible Arbeitszeiten etc.). Zum anderen indem sie ihre Infrastruktur vorausschauend planen bzw. dem demographischen Wandel angleichen. Dies bedeutet vor allem, Kindertagesstätten, Schulen, aber auch Einrichtungen für ältere Menschen dem sich ändernden Bedarf anzupassen.¹⁷

Kommunen stehen vor diesem Hintergrund unter einem wachsenden Wettbewerbsdruck. Wie können sie möglichst viele Menschen in der Stadt bzw. im Kreis halten oder gar anziehen? Wie können vor allem gut qualifizierte (potentielle) Arbeitskräfte und ihre Familien für den jeweiligen Wohnstandort überzeugt werden? Familien entscheiden sich immer häufiger für einen familienfreundlichen Wohnort. Grüne Stadtrandgebiete in Nähe zu Großstädten bzw. Ballungszentren sind daher am wenigsten vom Demographischen Wandel betroffen – sie verzeichnen eher Zuwächse bzw. Stabilität bei der Bevölkerungsentwicklung.

Kinder- und Familienfreundlichkeit als Standortfaktor

Die Bemühungen einer Kommune um Familienfreundlichkeit werden somit zum bedeutsamen Standortfaktor. „Auch wenn in der Folge des demographischen Wandels weniger Kinderbetreuungsplätze gebraucht werden, ist dafür ein Umbau der Betreuungslandschaft in Richtung Ganztagsbetreuung für alle Altersgruppen unabdingbar. Gleichzeitig erfordert die demographische Entwicklung auch bei abnehmender Schülerzahl steigende Investitionen in Bildung, um die zunehmenden Qualifikationsanforderungen an künftige Arbeitskräfte sicherzustellen.“¹⁸

¹⁵ vgl.: Bertelsmann Stiftung GEBIT... (2004)

¹⁶ Vgl: ebenda.

¹⁷ Die Bertelsmann Stiftung unterstützt in einem neuen Projekt Kommunen dabei, den Demographischen Wandel zu gestalten. Nähere Infos unter: www.aktion-2050.de oder bei Projektmanagerin kerstin.schmidt@bertelsmann.de.

¹⁸ Die Bertelsmann Stiftung hat einen „Aktionsplan zum Demographischen Wandel“ aufgestellt.

Die neue Alterszusammensetzung der Bevölkerung wird auch das gesellschaftliche Klima in den Städten und Kreisen verändern. Eine Studie der Deutschen Bank (2003), die sich mit den Folgen des demographischen Wandels beschäftigt, spricht in diesem Zusammenhang von einem zu erwartenden Wertewandel, den sie als „graue Revolution“ bezeichnet. Kennzeichnend für diesen Wandel sei eine Neubewertung des Alters.

Erkenntnisse aus dem Kompass-Projekt

Die Auswertung der Bürgerbefragung im Projekt Kompass zeigt, dass in Städten mit einer vergleichsweise jungen Bevölkerung mehr Einwohner enge Nachbarschaftsbeziehungen unterhalten als in Städten mit einem höheren Durchschnittsalter. Enge Nachbarschaftsbeziehungen sind jedoch, wie weiter oben ausgeführt, ein wichtiger „sozialer Kitt“, eine Grundlage für gelingende soziale Integration in das Gemeinwesen. Auch unterhalten, dass zeigt die Studie, Familien mit Kindern weitaus häufiger enge Nachbarschaftsbeziehungen als Personen ohne Kinder im Haushalt. Im Kompass Projekt bezeichnen Personen mit Kindern im Haushalt die Beziehungen zu ihren Nachbarn häufiger als eng: 64,5% dieser Gruppe geben an, dass sie mit ihren Nachbarn gemeinsam feiern, in der anderen Gruppe liegt dieser Anteil lediglich bei 53,6%. In Kommunen, in denen mehr als 20% der Bevölkerung zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen gehört, geben 67,9% der Befragten an, enge Nachbarschaftsbeziehungen zu unterhalten. In Städten, wo der Anteil der unter 18 Jährigen unter 20% liegt, bejahen dies nur 49,4%.¹⁹ Familien stellen daher einen wesentlichen Faktor für den Zusammenhalt von Nachbarschaften und damit für den sozialen Zusammenhalt in der Kommune dar. Die Qualität von Nachbarschaftsbeziehungen variiert auch mit den jeweiligen Wohnverhältnissen: Je weniger Parteien in einem Haus leben, desto häufiger gibt es gute Kontakte zu den Nachbarn. In allen Wohnformen unterhalten jedoch Familien engere Nachbarschaftsbeziehungen als Personen, bei denen keine Kinder im Haushalt leben. So geben beispielsweise 70,6% der Familien in Einfamilienhäusern an, mit ihren Nachbarn zusammen zu feiern, aber nur 64,8% der Personen ohne Kinder, die in einem Einfamilienhaus leben. Auch in Hochhäusern oder Wohnblocks haben noch 41,7% der Familien, aber nur 28,6/ der Nicht-Familien-Haushalte engere Beziehungen zu ihren Nachbarn.²⁰

Wie beurteilen nun die Bürgerinnen und Bürger die Familienfreundlichkeit ihrer Stadt oder ihres Kreises? In der Bürgerbefragung des Kompass-Projektes wurde die kommunale Familienpolitik am schlechtesten im Vergleich mit fast allen genannten Bereichen bewertet. Am wenigsten zufrieden sind diejenigen, die als Eltern selber Kinder unter 16 Jahren im Haushalt haben: sie bewerten im Durchschnitt die kommunale Familienpolitik mit der Note 3,2.²¹

Die Situation von Familien mit Kindern bzw. von Kindern und Jugendlichen erweist sich auch anhand objektiver Indikatoren als schlechter als im Durchschnitt der Bevölkerung. In Übereinstimmung mit dem Bundestrend sind beispielsweise im Durchschnitt der Kompass-Kommunen 3,9% der Einwohner auf Sozialhilfe angewiesen – bei den unter 18 Jährigen sind es mit 7,5% fast doppelt so viele. Diese Zahlen machen deutlich, dass Kinder und Jugendliche von den Folgen sozialer Ungleichheit heute stärker betroffen sind als andere Bevölkerungsgruppen. Bundesdeutsche Statistiken, wie z.B. der Armuts- und Reichtumsbereich der Bundesregierung (2001) zeigen, dass insbesondere die Sozialhilfequoten für Kleinkinder sehr hoch sind und deren Abhängigkeit von Sozialhilfe seit Anfang der 90er Jahre besonders stark angestiegen ist. Der elfte Kinder- und Jugendbericht der Bundes-

¹⁹ Bertelsmann Stiftung/ GEBIT (2004): Lebensqualität von Familien, Kindern und Jugendlichen

²⁰ ebenda.

²¹ Ebenda.

regierung (2002) nannte Kinder das wichtigste Armutsrisiko. Kinder werden insbesondere dann zum Armutsrisiko, wenn die Eltern sich trennen – und sie stellen in diesem Fall für Mütter ein größeres finanzielles Risiko dar als für Väter.

Welche Belastungen wirtschaftlich prekäre Lebensverhältnisse für Kinder darstellen, zeigt sich auch darin, dass der Bezug von Sozialhilfe einer der wichtigsten Risikofaktoren für die Notwendigkeit von Hilfen zur Erziehung darstellt (vgl. Bruckner, Lanenohl und Meyer 2003). Dieser im Auftrag des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe erstellte Studie verdeutlicht, dass jugendliche Sozialhilfeempfänger besonders häufig von gravierenden Problemlagen wie z.B. Gewalterfahrungen betroffen sind. Diese fatalen sozialen Problemlagen verursachen zahlreiche Folgekosten, die alle sozialen Sicherungssysteme der Gesellschaft und damit auch die Zukunft der Kommunen betreffen.

Handlungsansätze

Was können Kommunen tun, um im Standortwettbewerb ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit zu verbessern?

Ein wesentlicher Ansatz ist hier die Verbesserung der Kinderbetreuung. Die Frage der Kinderbetreuung hat vor diesem Hintergrund verschiedene Aspekte. Einer dieser Gesichtspunkte ist es, durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen mehr Alleinerziehenden eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, die ihnen und ihren Kindern einen eigenständigen Lebensunterhalt sichert. Damit könnten erhebliche Sozialhilfekosten eingespart werden. Vor dem oben skizzierten Hintergrund des Demographischen Wandels und des damit zu erwartenden steigenden Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften gewinnt die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen insgesamt an Bedeutung. Ein weiterer Punkt, der für einen Ausbau der Kinderbetreuung spricht, ist die Förderung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten sozialen Schichten. Durch die PISA-Studie wurde deutlich, dass in Deutschland, weit mehr als in anderen europäischen Ländern, der Zusammenhang zwischen sozialer Position und Schulerfolg besonders groß ist. In der öffentlichen Diskussion hat infolgedessen die Frage der vorschulischen Bildungsförderung sowie der Ganztagsbetreuung an Bedeutung gewonnen.²² Der Förderbedarf setzt sich jedoch in den Schulen fort. Eine Ganztagsbetreuung ist insbesondere, wenn es um die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, von großer Bedeutung. Insbesondere das Angebot für unter drei-jährige ist in Deutschland äußerst gering.

²² So wird beispielsweise in Nordrhein-Westfalen die Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich nun vorangetrieben. Bereits im Schuljahr 2003/2004 hat in einigen Grundschulen der offene Ganztagsbetrieb begonnen, weitere werden in den kommenden Schuljahren dazukommen. Kritisch wird hierbei die finanzielle Ausstattung diskutiert.

6. Schlussbemerkung

Bröckelt nun der soziale Kitt in den Kommunen angesichts gesellschaftlicher Trends? Oder rückt die Gesellschaft gar näher zusammen? In Anbetracht der ausgewerteten Daten aus dem Kompass Projekt kann vorsichtig formuliert werden, dass es weniger einen gesamtgesellschaftlichen Trend gibt zur Auflösung des sozialen Zusammenhalts in Kommune, Nachbarschaft und Familie – zumindest lässt sich dies aus der Momentaufnahme der Daten, die ja beispielsweise ein nach wie vor großes Interesse für das kommunale Geschehen bezeugen, nicht schließen.

Korrelation von sozialer Situation und sozialer Einbindung

Es kann allerdings festgestellt werden, dass es vielmehr große Unterschiede gibt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen: je besser die wirtschaftliche Situation, desto stärker die Einbindung in soziale Strukturen, je schlechter die wirtschaftliche Situation, desto geringer die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an Nachbarschaft. Für die Familie kann dies nicht behauptet werden, hier lässt sich allenfalls vermuten, dass diese umso wichtiger wird, je weniger andere soziale Bindungen zur Verfügung stehen.

Zwar ist die wirtschaftliche Situation von Zuwanderern sehr differenziert zu betrachten, aber hier lässt sich die Parallelität zu der sich als „wirtschaftlich schlechter“ einstuftenden Bevölkerungsgruppe feststellen, dass auch Ausländer geringer an gesellschaftlichen Strukturen teilhaben, ungewollt über weniger Kontakte zur Nachbarschaft verfügen und unzufriedener mit einigen Aspekten ihrer Lebensqualität (z.B. Wohnverhältnisse) sind. Angesichts der Tatsache, dass ein überproportionaler Anteil der Ausländer von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und schlechten Schulabschlüssen betroffen ist, lässt sich von gleicher sozialer Teilhabe längst noch nicht ausgehen.

Die skizzierten Entwicklungen bestätigen die These, dass sozialer Zusammenhalt eine möglichst weitgehende soziale Teilhabe voraussetzt, sei es im Bildungsbereich, im Berufsleben oder im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Soziale und demokratische Teilhabe als Schlüsselfrage

Umgekehrt wirkt sich eine geringere soziale Teilhabe auch auf die demokratische Teilhabe aus: Anhand der Daten ließ sich feststellen, dass diejenigen, die sich als wirtschaftlich schlechter gestellt einstufen, weniger beispielsweise in Vereinen engagiert sind, als die wirtschaftlich besser gestellten. Soziale und Demokratische Teilhabe sind daher u.E. Schlüsselfragen, will man den sozialen Zusammenhalt stärken.

Umso größer ist u.E. die Bedeutung von Partizipationsangeboten, die auf diese Zusammenhänge Rücksicht nehmen. Noch immer besteht die Schwierigkeit, so die Erfahrung nicht allein im Kompass-Projekt, partizipationsungewohnte Bürger zu beteiligungsorientiertem Engagement zu bewegen. Geht man allerdings von der theoretischen Partizipationsbereitschaft aus, die sich in der Kompass-Bürgerbefragung zeigt (ca. 60% der Befragten), dann müsste sich auch praktisch ein größerer Teil von Bürgern ermutigen lassen, Partizipationsangebote anzunehmen.

Parallele Entwicklungen

Es liegt nahe, dass die dargestellten Unterschiede in sozialer Situation und sozialer Einbindung zu parallelen Entwicklungen führen. Das bedrohliche Stichwort der „Parallelgesellschaften“ (beispielsweise in einigen Bezirken Berlins) ist ja nicht nur eine Folge der Konzentration benachteiligter Gruppen in benachteiligten Stadtvierteln, sondern es bezeugt, dass mangelnde soziale und demokratische Teilhabe dazu führen, dass der soziale Zusammenhalt ersatzweise in der eigenen Gruppe gesucht wird. Der segregier-

te Wohnungsmarkt trägt sein übriges dazu bei. Hieraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass alle Versuche, einer Entmischung von Wohnvierteln entgegenzutreten, so lange wenig fruchten werden, solange soziale und demokratische Teilhabe beispielsweise von Zuwanderern nicht verbessert wird.

Im Folgenden seien einige Handlungsempfehlungen zusammengefasst, die in den verschiedenen Fachforen und Workshops der Bertelsmann Stiftung erarbeitet wurden

Einige Handlungsempfehlungen

- **Bildungsförderung**
Bildungsbeteiligung ist zwar keine Gewähr für einen Arbeitsplatz, aber Qualifikation ist eine Voraussetzung, die Chancen des einzelnen hinsichtlich Ausbildung und Beruf zu erhöhen. Daher sind hier besondere Anstrengungen zu unternehmen. Die Bertelsmann Stiftung setzt auf die individuelle Förderung einzelner, auf vorschulische Angebote insbesondere im Bereich der Sprachförderung und auf größere Unabhängigkeit der Schulen bei der eigenen bedarfsgerechten Planung.
- **Integration als Querschnitts- und Gesamtsteuerungsaufgabe**
Die Herausforderung der Integration ist nicht durch eine „Nischenpolitik“ und die Bereitstellung einzelner Angebote zu bewältigen. Sie muss vielmehr Bereichsübergreifend angegangen werden, unter Einbeziehung aller relevanten Akteure – aus dem Kreis der Zuwanderer, aber auch der Einrichtungen von Arbeitsamt bis Kindergarten. Ein Berichtswesen ist hierbei hilfreich, um auch auf kommunaler Ebene Integration steuern gezielter zu können.
- **Partizipationsangebote**
Um gerade partizipationsungewohnte Bevölkerungsschichten anzusprechen, sind niedrighschwellige Partizipationsangebote erforderlich, das heißt beispielsweise Angebote mit geringem zeitlichen Aufwand. Sie sollten weniger auf „Komm-“, als auf „Abhol-“Angebote ausgerichtet sein, das heißt Partizipation dort zu ermöglichen, wo die spezifischen Zielgruppen, die erreicht werden sollen, anzutreffen sind. Sie sollten zudem an den konkreten Lebensumständen der Zielgruppen ansetzen.²³
- **Stärkung und Aufwertung benachteiligter Stadtteile**
Einer Entmischung benachteiligter Stadtteile durch den Wegzug von Mittelschichten kann nicht durch Appelle entgegengewirkt werden, sondern nur durch die Aufwertung der benachteiligten Stadtteile (wie dies im Programm Soziale Stadt auch intendiert ist). Praxisbeispiele zeigen, dass die Bereitschaft der Wohnbevölkerung, sich hierbei zu engagieren, wenn es um die eigene Wohnumfeldverbesserung geht, durchaus vorhanden ist. Umgekehrt lassen sich Probleme durch einen sozialraumorientierten Ansatz gezielter angehen.
- **Vernetzung und Kooperation**
In den Kompass-Workshops äußern die Teilnehmer durchgehend den Wunsch nach mehr Vernetzung und Kooperation in fast allen thematischen Bereichen. In der Tat lassen sich durch eine Vernetzung der kommunalen Einrichtungen und Akteure viele Aufgaben effizienter und mit weniger Reibungsverlusten angehen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Vernetzung zwischen städti-

²³ Weitergehende Empfehlungen bietet hier das Projekt „Civitas“ der Bertelsmann Stiftung: Netzwerk bürgerorientierte Kommunen: www.buergerorientierte-kommune.de

schen Ämtern, städtischen Einrichtungen und Arbeitsamt, zwischen Wirtschaft und Hochschulen, zwischen Schulen, Stadt und Kindertagesstätten, zwischen verschiedenen Kultureinrichtungen und Stadt.

- Familienpolitik als Standortfaktor
Wie bereits weiter oben ausgeführt, wird eine familienfreundliche Politik für die Kommunen immer mehr zum bedeutenden Faktor im Wettbewerb um Einwohner. Familienfreundlichkeit umfasst hier mehrere Aspekte. In erster Linie Angebote an Kinderbetreuung und Ganztagsbetreuung, Angebote an Kinderspielflächen und Grünflächen und die Erreichbarkeit von verschiedenen Angeboten der kommunalen Infrastruktur.
- Strategische und vorausschauende kommunale Planung
Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ist eine vorausschauende kommunale Planung unerlässlich, um eine Umstellung der städtischen Infrastruktur auf den sich ändernden Bedarf der Bevölkerung rechtzeitig realisieren zu können. Eine genaue kennzahlengestützte Analyse der Bevölkerungsentwicklung wie auch der Stärken und Schwächen einer Kommune ist hierbei ein wertvoller Ratgeber.

Uns ist bewusst, dass diese Skizzierung von Handlungsempfehlungen alles andere als vollständig ist und auch gravierende Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut nicht zu lösen vermag. Dennoch scheinen uns die aufgeführten Handlungsempfehlungen wichtige Schritte zu sein, die auch auf kommunaler Ebene gegangen werden können. Sie zielen unter anderem auf die Verbesserung von Bildungsbeteiligung, Wohnumfeld, demokratischer Beteiligung und der sozialräumlichen Kooperation zur Lösung vieler sozialer Fragestellungen. Daher können sie letztendlich, so unsere Überzeugung, auch einen Beitrag leisten, den sozialen Zusammenhalt in Kommunen zu verbessern.